

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenverwaltung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Painlevés große Mehrheit.

60 Sozialisten für die Regierung - 40 Stimmenthaltungen.

Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht. Kammer.) Zum Schluß der heute Mittwoch, morgens 2 Uhr, zu Ende geführten Marokkodebatte wurde gegen die Stimmen der Kommunisten von den bürgerlichen Gruppen des Linkskartells zusammen mit einem Teil der sozialistischen Fraktion eine Tagesordnung angenommen; sie beginnt mit einem scharfen Protest gegen die Ambitionen der Kommunisten, heißt dann die Regierungserklärung gut und nimmt ausdrücklich Kenntnis von der Zustimmung des Ministerpräsidenten, daß die Verhandlungen mit der spanischen Regierung im Sinne einer Lösung geführt werden sollen, die mit dem Respekt vor den internationalen Verträgen zugleich auch freie Entwicklungsmöglichkeiten der Rifbevölkerung sicherstellen. Die von der Regierung unter Stellung der Vertrauensfrage geforderte Priorität dieser Tagesordnung wurde mit 510 gegen 30 Stimmen beschloffen und die Tagesordnung selbst in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten und eines Teils der Sozialisten angenommen. Was einen großen Teil der sozialistischen Fraktion dazu bestimmt hat, für die Regierung zu stimmen, war vor allem die unzweideutige Erklärung Painlevés, daß die französische Regierung nicht nur keinerlei Annexions- und Eroberungsabsichten verfolgt, sondern daß sie bereit sei, die Unabhängigkeit des Rif prinzipiell anzuerkennen, eine Erklärung, die, wie selbst der Kommunist Cadix anerkannte, eine völlig neue Situation geschaffen hat, die vor allem der entschiedenen Haltung der Sozialisten zuzuschreiben ist.

In der Debatte hatte der Sozialist Renaudel u. a. ausgeführt: Das einzige Mittel, die Gerüchte, nach denen im Juli gemeinsam mit Spanien eine Offensive unternommen werden soll, zu beseitigen, besteht darin, die Wahrheit über die Friedensverhandlungen zu sagen. Es ist nichts gegen eine Abmachung mit Spanien einzumenden, aber wir wünschen von der Regierung zu wissen, auf welcher Grundlage die Verhandlungen geführt werden und wie sich die Regierung zu der Unabhängigkeit der Rifrepublik stellt.

Painlevé erwiderte darauf: Die Verhandlungen haben erst begonnen und schon zu einem ersten Ergebnis, nämlich einer gemeinsamen Ueberwachung des Waffenschmuggels, geführt. Die Regierung wünscht, daß eine regelrechte Grenze zwischen der Gebirgsbevölkerung des Rif und den dem französischen Protektorat unterstellten Stämmen gezogen wird. Auf die Rifbevölkerung soll kein Druck ausgeübt werden. Die Regierung wünscht nur, daß zwischen der Rifbevölkerung und den Untertanen des Sultans eine friedliche Zusammenarbeit ermöglicht wird.

Außenminister Briand erklärte, daß die schwebenden Verhandlungen nicht auf die Ausarbeitung eines militärischen Operationsplanes, sondern nur auf die Vorarbeiten zur Herbeiführung eines raschen Friedens abzielen.

Dementsprechende Anmerkungen haben die französischen Unterhändler erhalten. Nach weiteren Meldungen haben sich etwa 40 Sozialisten der Stimme enthalten, während etwa 60 für die gemeinsame Vertrauensresolution des Linkskartells stimmten.

Die schon erwähnte Tagesordnung war von allen Parteien des Linkskartells eingebracht und von Léon Blum für die Sozialisten mitunterzeichnet.

Die Räumung des Ruhrgebiets.

Vollziehungsmaßnahmen angeordnet.

Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat hat am Dienstag die vom Kriegsminister und dem Außenminister angeordneten Maßnahmen zur Vollziehung der Ruhräumung gebilligt. Wie die offiziellen Communiqués ausdrücklich betonen, soll mit der Ausführung in allerhöchster Zeit begonnen werden.

Paris, 24. Juni. (T.H.) Die Morgenblätter bestätigen, daß die französische Regierung ernstlich beabsichtigt, vor dem 15. August sämtliche Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen. Eine offiziöse Radionote besagt: „Hoffentlich wird Deutschland in der Haltung Frankreichs einen Beweis für den Beständigungsverwilligen erblicken, dessen Briand den deutschen Botschafter im Verlaufe der letzten Unterredung versicherte.“ „Echo de Paris“ berichtet, daß dem Räumungsbeschlusse mehrtägige Verhandlungen zwischen London und Paris vorausgegangen seien. Ein Teil der Presse gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Verschönlichkeit des französischen Kabinetts die Garantievertragsverhandlungen fördern werde. „Echo de Paris“ meint sogar, daß Deutschland im Austausch gewisses Entgegenkommen bei den Wirtschaftsverhandlungen zeigen könne.

Deutschösterreichs Anschlusswille.

Riesenkundgebung in Wien.

Wien, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Hier fand am Dienstag in der Volkshalle des Rathhauses, und da dieser ungeheure Raum nicht reichte, auch auf dem weiten Freiheitsplatz (vor der Republik-Dr.-Karl-Lueger-Platz) gechehen vor dem Rathaus eine riesige Kundgebung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes für den Zusammenschluß mit Deutschland statt. Redner der Sozialdemokraten, der Christlichsozialen, der Großdeutschen, des Bauernbundes und der bürgerlich-demokratischen Parteien riefen unter stürmischem Beifall zum Widerstand gegen alle Versuche auf, das deutschösterreichische Volk gegen seinen Willen von Deutschland abzupferren und in einem anderen Staatenbund einzujuwängen. Dr. Stolper bekämpfte unter großem Beifall die bisher betriebene Regierungs-

politik und rief zur Sammlung aller Deutschen unter der schwarzrotgoldenen Fahne auf. Freudig begrüßt wurden die Telegramme des Reichsbanners und der Volksbundleitung in Berlin. In einer Entschlieung verwahrt sich die Versammlung dagegen, den Anschlussgedanken in „Nachtgefäße“ Deutschlands, Deutschösterreich zu annektieren, umzuschieben. Es wird gefordert, daß auch schon vor dem Zeitpunkt, an welchem das unveräußerliche Selbstbestimmungsrecht Deutschösterreichs anerkannt wird, alle Beteiligten, insbesondere Volksvertretungen und Regierungen Deutschösterreichs und des Deutschen Reiches die Gemeinschaft der beiden Staaten erweitern, soweit dies im Rahmen des Friedensbittats immer möglich ist.

Am demselben Tage, da das Volk von Wien so einmütig und eindrucksvoll für sich das Selbstbestimmungsrecht fordernde, auf dem angeblich die anderen Nachfolgestaaten Österreichs beruhen, hat im Parlament der Tschechoslowakei, deren rühriger Außenminister Benesch ausführliche politische Darlegungen gemacht. Ueber die tschechische Außenpolitik und über die Garantiefrage sprach er viel, sagte jedoch nichts Neues. Das völkerbundliche „Sanierungsrecht“ an Deutschösterreich lobte Benesch über den grünen Klee, begreiflicher- und zweckdienlicher Weise ließ er jedoch das fürchterliche Massenelend infolge jener „Sanierung“ unerwähnt. Desto mehr verbreitete er sich über seinen Plan, daß die mehr agrarischen Nachfolgestaaten Polen, Rumänien und Südbanien durch Vorkaufszölle und -tarife die Einfuhr deutschösterreichischer Industrieprodukte fördern sollen. Wie wenig sie daran denken, mag man daraus ersehen, daß die Wiener Regierung soeben in Warschau gegen die plötzliche Vervielfachung einer Reihe von Zöllen protestiert hat! Aus der Besprechung der Beneschrede seien folgende subterdeutsche Ausführungen erwähnt:

Abg. Dr. Czech (Deutscher Sozialdemokrat): Die Stellungnahme des Außenministers Oesterreich gegenüber ist eine Verhöhnung gegen die Traktion des tschechischen Volkes. Wenn die Selbstbestimmung für die Tschechen gilt, dann muß sie auch für alle anderen Staaten gelten.

Abg. Raska (Deutscher Sozialdemokrat, Freiheitspartei): Der Minister hat nicht das Recht, eine legale Anschlussbewegung in Oesterreich als einen unfreundlichen Akt gegen die Interessen der Tschechen zu betrachten. — Die ganze Welt schaut auf die Entwicklung der Frage, ob Deutschland in den Völkerbund eintritt. Der tschechische Abg. Dr. Hajn hat gewisse Befürchtungen geäußert. Behandelt die Tschechoslowakei ihre Minderheiten richtig, dann braucht der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Tschechoslowakei nicht zu beunruhigen.

So ward auch im Parlament der Tschechoslowakei, die freilich ein Vielvölkerstaat ist, das Selbstbestimmungsrecht verfochten.

Und Mataja fährt nach Paris!

Wien, 24. Juni. (W.T.B.) Die Mitteilung von der plötzlichen Abreise des Außenministers Dr. Mataja hat große Ueber-raschung hervorgerufen, wie auch in den Kommentaren der Blätter zum Ausdruck kommt.

Die „Arbeiter-Zeitung“ erwähnt die verschiedenen Möglichkeiten, welche diese Reise begründen könnten, und sagt, wie immer man des Rätsels Lösung sucht, es wird eine höchst verdächtige Reise. Eine solche Reise unter den gegebenen Umständen, ohne jede Information des Parlaments zu unternehmen, ist schlechthin unverantwortlich. Mit stärkstem Nachdruck muß gefordert werden, daß die Regierung über Grund und Ziele dieser Reise unverzüglich Auskunft gebe.

Der christlichsoziale Herr Mataja ist den Anschlussfreunden ohnehin längst sehr verdächtig. Auf ihn führt man auch die plötzlichen „finanziellen Bedenken“ der deutschösterreichischen Regierungsvertreter gegen die Aufhebung des Sichtvermerks im Verkehr mit Reichsdeutschland zurück.

Die Labour Party gegen den Pakt.

London, 24. Juni. (W.T.B.) Die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei nahm eine Entschlieung an, die besagt, der vorgeschlagene Sicherheitspakt sei im Hinblick auf seinen beschränkten Bereich, seine ersten militärischen Verpflichtungen und unsicheren Verantwortlichkeiten sowie im Hinblick auf das Fehlen einer Vereinbarung, betreffend die gegenseitige und allgemeine Rüstungsbeschränkung nicht geeignet, eine Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich oder einen stabilen europäischen Frieden zu sichern. Er entspreche mehr dem System teilweiser Bündnisse, gegen das die Arbeiter so oft protestiert hätten, und sei unvereinbar mit dem Geist und den Idealen der Völkerbundeshaltung. Die Arbeiterpartei fordere mit Nachdruck den Ausbau des Völkerbundes durch den Einfluß Deutschlands und Russlands und die Schaffung eines allumfassenden Sicherheitspaktes, der sich auf die Grundsätze des Schiedsgerichts, der Sicherheit und Abrüstung gründe, wie es im Genfer Protokoll vorgelesen sei.

Auch die Liberalen gegen den Pakt?

London, 24. Juni. (W.T.B.) Die liberale Opposition des Unterhauses sagte heute abend einen einstimmigen Beschluß, über die in der morgigen Debatte über den Sicherheitspakt einzunehmende Haltung. Neuter zufolge wird erwartet, daß ihre Wortführer, Lloyd George und Sir John Simon gegen den Pakt sprechen werden.

Das ausländische Vorbild.

Die Steuerverhältnisse in England und Frankreich.

Deutschland ist im Begriff, eine Neuordnung seiner Steuerverhältnisse durchzuführen. Es handelt sich dabei nicht um eine Aenderung des in den Jahren 1919 und 1920 geschaffenen Systems. Die Haupterrungenschaften der Erzbergerischen Steuerreform bleiben vielmehr erhalten und werden jetzt sogar von jenen verteidigt, die sie viele Jahre hindurch als die Wurzel alles Übels bezeichnet haben. Also auch hier ein Umschwung auf der ganzen Linie. Dieser Umschwung wird verständlich angesichts der Tatsache, daß man jetzt die Möglichkeit sieht, auch mit dem jetzigen System eine Verteilung der Steuerlasten vorzunehmen, die die leistungsfähigen Schichten des Volkes weitgehend schon.

Das ist die Absicht aller von der Regierung vorgeschlagenen Aenderungen. Und soweit sich bis jetzt die Absichten der bürgerlichen Parteien überblicken lassen, folgen sie der Rechtsregierung darin restlos, suchen sie sogar noch zu übertreffen. Selbst das vernichtende Urteil der ausländischen Sachverständigen im Dawes-Bericht hindert sie darin nicht. Es übt zwar an der bisherigen deutschen Steuerleggebung eine überaus scharfe Kritik, gibt auch für die Abänderung gute Ratschläge. Der Dawes-Bericht enthält sich jedoch jedes tatsächlichen Eingriffs in die Einzelgestaltung, da es Deutschlands Sache sei, die Mittel und Wege, wie die Steuerlast aufgebracht werden soll, seiner eigenen Lage anzupassen. Er stellt lediglich die Forderung auf, daß das deutsche Steuersystem mindestens so schwer sein müsse wie das der alliierten Länder. Aber auch das ist nur ein allgemeiner Grundsatz und keine bindende Forderung.

Trotzdem darf bei der Aenderung der deutschen Steuer-verhältnisse die Höhe und die Verteilung der Steuerlast im Ausland nicht außer acht bleiben. Man wird eine dauernde Regelung des deutschen Steuersystems nur erreichen, wenn das Gefühl verschwindet, daß das ausländische Steuersystem sozialer ist als das deutsche und der Besitz im Ausland stärker belastet ist als in Deutschland.

Das aber ist der Fall. Lange Zeit hat man jede Aufklärung über die Steuerverhältnisse im Ausland unterbunden. Man behauptete, internationale Steuerergieiche seien nicht möglich, während man nur von der Absicht befehle war, die Erkenntnis zu verhindern, 1. daß die Steuerlast des Auslandes nicht nur mindestens ebenso schwer ist wie in Deutschland, und 2. daß die Besitzenden davon einen viel größeren Teil tragen als bei uns. In der letzten Zeit ist eine umfangreiche Literatur über die Steuerverhältnisse des Auslandes erschienen. Drei davon sind von besonderer Bedeutung:

1. Die Schrift des Prof. Bühler „Die englische Einkommensteuer“. Sie enthält neben einem Vergleich mit der deutschen Einkommensbesteuerung auch einen Ueberblick über das ganze englische Steuersystem.

2. Die Schrift deselben Verfassers „Kinderprivileg, Verheiratetenermäßigung und allgemeine Freigrenze in der Einkommensteuer von Deutschland, England und Frankreich“. Sie enthält ein Gutachten, das dem Vorstand des Bundes der Aenderreichen erstattet wurde.

Und 3. die Schrift von Dr. J. B. Jahn „Kritik der Steuerlast“, deren besondere Bedeutung vor allem in der Tatsache zu erblicken ist, daß sie in dem deutschnationalen Verlag Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, erschienen ist.

Es ist nicht möglich, den überaus reichhaltigen Inhalt der kleinen Schrift von Bühler im Rahmen eines Zeitungsartikels erschöpfend zu behandeln. Auf weniger als vier Duzend Seiten gibt Bühler eine bis ins einzelne gehende klare übersichtliche Darstellung des englischen Steuersystems und der tatsächlichen Finanzverhältnisse Englands. Er stellt fest:

„Angesichts dieser Zahlen muß unbedingt anerkannt werden, daß die steuerlichen Anstrengungen Englands gewaltige waren und sind. England hat, das bestätigt ein Studium seiner Steuerleggebung seit 1915, in der Tat von allen Großmächten schon seit dem zweiten Kriegsjahre die zielbewußteste oder vielleicht richtiger gesagt, allein eine zielbewußte, den Notwendigkeiten Rechnung tragende Steuerpolitik betrieben.“

Gegenüber der in Deutschland weit verbreiteten Behauptung, in England gebe es keine Gemeindesteuern, stellt Bühler fest, daß 1923/24 mehr als 3,2 Milliarden Goldmark allein durch die lokale Grundsteuer aufgebracht worden sind.

Am wichtigsten aber sind die Angaben Bühlers über die englische Einkommensteuer. Er bezeichnet sie als das „Hauptbarometer für die Steuerlast“ und stellt fest, daß sie während des Krieges und nachher auf das Fünffache erhöht wurde, und daß sie heute immer noch nahezu das Vierfache gegenüber dem letzten Friedensjahr beträgt. Ihr Ertrag ist infolgedessen sehr hoch. Er beträgt jährlich etwa 6 1/2 Milliarden Goldmark gegenüber etwa 2 Milliarden in Deutschland, einschließlich der Lohnsteuer. Diese gewaltige Summe wird erreicht, obwohl die unteren Einkommen in England zum allergrößten Teil steuerfrei sind. „Auch in der Zeit der schärfsten Steueranspannung hat man in England nicht daran gedacht, die große Masse der Lohnarbeiter der Einkommensteuer zu unterwerfen“, sagt Bühler (S. 36). Und daran hält man auch in der Gegenwart fest.

Das Existenzminimum des Kleinstehenden beträgt etwa 2700 Goldmark. Wenn das Einkommen ausschließlich aus Arbeitseinkommen besteht, erhöht sich die Freigrenze sogar auf 3000 M. Für einen Verheirateten erhöht sich die Freigrenze von 2700 auf 4500 M., und wenn er nur Arbeitseinkommen hat, von 3000 auf 5000 M. Dazu aber kommen die umfangreichen Befreiungen für Kinder. Für das erste Kind beträgt die Steuerfreiheit 720 M., für jedes weitere Kind 540 M. Dieses Kinderprivileg gilt für alle Kinder unter 16 Jahren, für ältere, solange sie in der Ausbildung begriffen sind. Ein Familienvater mit drei Kindern, der nur Arbeitseinkommen bezieht, ist also steuerfrei bis zu 6800 M., während bei uns ein Angestellter mit diesem Einkommen nach der Regelung für 1924 schon 340 M. Steuern zu zahlen hätte.

Nach alledem wird man es nicht verwunderlich finden können, daß Bühler über die Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger, insbesondere der kinderreichen Familien, ein vernichtendes Urteil fällt. In seinem Gutachten für den Vorstand des Bundes der Kinderreichen erklärt er:

„Was sich für den Gegenstand dieser Untersuchung, nämlich die allgemeine Freigrenze und die Berücksichtigung des Familienstandes ergibt, ist eine tief beschämende Rückständigkeit unseres Entwurfs gegenüber den beiden ausländischen Gesetzen. Tief beschämend ist sie deshalb, weil wir uns immer einbildeten, daß wir in Beziehung auf Sozialpolitik im allgemeinen und in der sozialen Ausgestaltung unserer Steuern im besonderen von jeher weit voran gewesen und in der heutigen „sozialen Republik“ es noch mehr seien. Statt dessen müssen wir feststellen, daß wir im Begriff sind, hier einen Steuerentwurf zum Gesetz zu erheben, wie ihn in jenen beiden Ländern die Regierung der Volkvertretung sicher überhaupt nicht vorlegen würde.“

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die in dem deutsch-nationalen Verlag erschienene Schrift von Dr. Jahn. Mit Recht stellt Jahn sich auf den Standpunkt (S. 40), daß ein Lohn- und Arbeitseinkommen steuerlich anders behandelt werden muß als ein Kapitaleinkommen. Das Arbeitseinkommen werde im wesentlichen für die Erhaltung der Einkommensquelle wieder verbraucht, während die Vermögensquelle sich selbst erhält. Daher kritisiert auch Jahn, daß in keinem Lande der Welt das Arbeitseinkommen so hoch belastet ist wie in Deutschland. Er wendet sich aber auch gegen das Märchen, daß der Besitz in Deutschland überlastet sei.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind in Deutschland nicht deshalb größer, weil bei uns die Steuern so hoch sind; sie sind für die private Unternehmung tatsächlich kaum höher als in den wichtigsten Konkurrenzländern.“

So kommt also jede vorurteilslose Betrachtung zu dem Ergebnis, daß aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen der Steuerabbau bei den Massensteuern begünstigt werden muß, daß neben der wesentlichen Herabsetzung der Lohnsteuer auch der Abbau der Umsatzsteuer dringend erforderlich ist. Die Rechtsregierung allerdings geht den entgegengesetzten Weg. Die Massenbelastung wird verschärft, die Besitzbelastung vermindert. Das Steuerrecht wird vergrößert und der Abstand zwischen dem deutschen Steuersystem und dem der kapitalistischen Länder des Westens vergrößert.

Steuerausschuß gegen Regierungsvorlage.

Die Bier- und Tabaksteuer abgelehnt.

Der Steuerausschuß des Reichstags nahm am Mittwoch vor- mittag mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten (8 Stimmen), der Kommunisten (3 Stimmen), Demokraten (2 Stimmen), der Nationalen (eine Stimme), der Wirtschaftspartei (eine Stimme) gegen 13 Stimmen der übrigen Regierungsparteien den von den Sozialdemokraten und Demokraten gestellten Antrag an, „die Gesetzes- vorlage über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer abzulehnen“.

Dieser Nebenbesitz der Regierung war eine eingehende Debatte vorausgegangen. Als erster Redner sprach der Genosse Herz: Die

Sozialdemokratie bekämpft Verbrauchssteuern nicht grundsätzlich, ist jedoch gegenwärtig angesichts der unzureichenden Belastung des Be- sitzes nicht in der Lage, einer Erhöhung der Verbrauchssteuern zu zustimmen. Der Reichshaushalt ist auch ohne Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer zu balancieren. Ein etwaiges Defizit läßt sich am besten beseitigen durch eine einwandfreie Bewertung, wie sie das Reichsbewertungsgesetz ermöglicht, vor allen Dingen aber durch eine bessere Veranlagung, insbesondere durch die Ausgestaltung des Buch- prüfungsdienstes und die Offenlegung der Steuerrollen. Die vor- gesehene Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer führt zu einer Er- höhung unserer Reparationsleistungen. Sie gibt der Entente die Handhabe für die Durchführung der Reparationszahlungen, deren Unburchführbarkeit allgemein behauptet wurde. Die Gefahr, daß künftig dadurch eine weitere Erhöhung der Reparationslasten ein- tritt, ist ebenfalls nicht von der Hand zu weisen.

Staatssekretär Poppe bestreitet, daß die Besitzsteuern zu gering angepaßt seien. Ueber den Umfang der Erhöhung der Steuer- lasten auf Bier und Tabak könne man reden.

Abg. Höllein (Komm.) betont, daß die Kommunisten grund- sätzlich Bier- und Tabaksteuern ablehnen.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) wendet sich gegen die Berech- nungen der Regierung, daß im Etat ein Defizit besteht.

Finanzminister v. Schlieben: Wenn die Frage der Erhöhung von Bier- und Tabaksteuer hier nicht geregelt werde, werde ich nicht in der Lage sein, den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung vor- zulegen. Ich bin aber zu Konzessionen in bezug auf die Höhe der Steuer bereit.

Die Regierungsparteien gaben nur kurze Erklärungen ab. Abg. Dr. Hortländer (Bayr. Sp.) ließ keinen Zweifel daran, daß die Bayerische Volkspartei, trotzdem sie Regierungspartei sei, die Biersteuererhöhung ablehnen werde. Der Vertreter der Wirt- schaftspartei hatte sich an dieser Debatte nicht beteiligt. Infolgedessen wurde allgemein auch bei den Regierungsparteien angenommen, daß der sozialdemokratisch-demokratische Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt werden würde. Um so größer war das Erstaunen, als bei der Abstimmung auch der Vertreter der Wirtschaftspartei die Regierung im Stich ließ und so die en-bloc-Ablehnung der Regierungsvorlage hervorrief. Das Abstimmungsergebnis rief bei den Regierungsparteien große Erregung hervor und führte zum sofortigen Abbruch der Verhandlungen des Steuer- ausschusses. Die Regierungsparteien traten zu internen Besprechun- gen zusammen.

Sie haben es eilig.

Die Durchpfeifungsbefehle der Schutzöllner.

Die Zollvorlage soll bis zum 18. Juli unter Dach und Fach gebracht werden. Nach zeitlich genau festgelegtem Plan soll die Durchpfeifung betrieben werden. Es geht heute schon los!

Die erste Befugung der Zollvorlage wird nicht nur den Mitt- woch, sondern auch noch den Donnerstag ausfallen. Aber für morgen ist schon der handelspolitische Aus- schuß des Reichstags einberufen!

Sollten die Zollpartei die Absicht haben, die erste Befugung schon heute zu beenden und schon morgen mit den Ausschuhberatungen zu beginnen? Sie haben es eilig mit dem Brotwucher!

Gewerkschaftsprotest gegen Hochschuhzoll.

Bielefeld, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In einer vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Bielefeld, einberufenen Versammlung, die von zirka 2000 Funktion- nären besucht war, die wiederum 35 000 Gewerkschafter vertreten, referierte Reichstagsabgeordneter Dr. Hilferding über die Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung. Nachstehende Entschlie- sung fand einstimmige Annahme: Die Versammelten erheben schärfste Einspruch gegen eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schutzöllne die Lebensbedingungen der Arbeit- nehmerschaft verteuert, auf der anderen Seite einen Ausgleich in Form von Lohnherhöhungen ablehnen möchte. Die Zolltarifvorlage ist zu verwerfen, da die vorgesehene Erhöhung der Getreidezölle die Lebenshaltung der schaffenden Bevölkerung

außerordentlich verteuert und die ohnehin bestehende bedrängte Lage noch verschlimmert. Zugleich bilden die vorgesehenen Hochschuhzölle eine Gefahr für die Export- und weiter arbeitenden Industrien und vermehren so die Arbeitslosigkeit. Die Versammelten erwarten von den Volksvertretern im Reichstage, daß sie alle Mittel anwenden, die die Ablehnung der Pläne der Reichsregierung herbeiführen.

Hindenburg gegen die Rechtsregierung?

Ein Versprechen an die Aufwertungsorganisationen.

Beim Empfang der Vertreter der Aufwertungsorgani- sationen durch den Reichspräsidenten antwortete der Reichs- präsident auf die Darlegungen der Vertreter der Organi- sationen:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, für die sehr interessanten Ausführungen. Im großen und ganzen stehe ich diesen Fragen ja fern, aber besonders habe ich mich stets interessiert für die Lage der armen, alten Rentner. Ich glaube auch, daß die frühere Reichsregierung ihren Worten nicht untreu gewesen ist, wenn auch ich nicht die Verantwortung gehabt habe. Ich habe ja auch Bedenken, daß ein Mann, der 10 000 M. Vermögen gehabt hat, nur mit 15 Proz. ausgewertet werden soll, ebenso wie ein Millionär. Denn dieser kann davon existieren, während der andere es nicht kann. Ich habe selbst mein Vermögen verloren und kann daher die No- tlage dieser Leute verstehen. Wenn ich meine Pension nicht gehabt hätte — und sie war ja ausreichend —, hätte ich auch hungern müssen. Ich bitte Sie daher, mir Ihre Wünsche noch einmal kurz schriftlich einzuschreiben. Das letzte Wort in dieser Frage ist noch nicht gesprochen. Ich werde erst das fertige Ge- setz abwarten, bevor ich meine Entschlie- ßung fasse. Denn Sie wissen ja, ich muß als alter Soldat mir die Freiheit meines Handelns wahren.“

Nach diesen Ausführungen muß man annehmen, daß der Reichspräsident in der Aufwertungsfrage eine große Aktion gegen die Rechtsregierung plant und gegen das Aufwertungsversprechen an das Volk appellieren will.

Der Fall Laverrenz.

Ein Roman in Fortsetzungen.

Die „Nationalpost“, das Organ des Herrn Laverrenz, hat Konkurs angemeldet. Das hindert nicht, daß das Geschäft unter anderer, wenig veränderter Firma fortgesetzt wird. Aus der „Nationalpost“ ist eine „Deutschnationale Tagespost“ geworden. Die neue Firma legt Wert darauf, als offizielles deutschnationales Parteiunternehmen ange- sprochen zu werden. Da wird sie schon von vornherein zur Pleite verurteilt sein; denn deutschnational sein darf bekannt- lich nichts kosten.

Diese „Deutschnationale Tagespost“ ist das zweite Kapitel des Romans der Laverrenzschen Zeitungs- gründungen. Auf diesem Gebiete scheint Herr Laverrenz wirk- lich begabt zu sein, so daß man bald wohl auch ein drittes Kapitel erwarten darf. Erstes Kapitel: Wie erhalte ich eine Zeitung und werde Geschäftsführer? Zweites Kapitel: Wie betreibe ich das Geschäft weiter, trotzdem ich Pleite gemacht habe?

Man hat schon großen Wert darauf gelegt, die Kontinuität zwischen der entlassenen „Nationalpost“ und der „Deutschnationalen Tagespost“ zu betonen. Die Aufmachung ist die- selbe, wenn auch die Drucktypen etwas schäblich aussehen. Nach der Pleite druckt eben nicht jeder, und man darf nicht wählerisch und anspruchsvoll sein. Vor allem aber wird der Roman aus der „Nationalpost“ — das hohe Lied der Winne — in der „Deutschnationalen Tagespost“ fortgesetzt werden. Ein echter Roman in Fortsetzungen, dieses neue offizielle deutschnatio- nale Organ!

Die neue Redaktion des fortgesetzten Romans bittet zum Schluß die deutschnationalen Parteifreunde um Vertrauen. Das Fremdwort für Vertrauen heißt Kredit. Nach der schmäh- lichen Pleite der „Nationalpost“ noch Kredit?

Anschauungs-Unterricht.

Von tcha tcha.

Wir logen zu erster Beratung in den Räumen des Reichs- wirtschaftsrates. Die Zollvorlage erregt die Männer, die hier zu- sammensitzen. Sie klagen über die Not der Allzuvielen, die heute nicht wissen, womit sie ihre Existenz fristen sollen.

Während einer Pause treten wir lustigspend an ein Flur- fenster, durch das ein schmelzende Russl dringt. Der Wind sucht die Quellen der zarten Töne. Drüben — hinter Bäumen versteckt im Hof — ist eine Tanzdiel eingerichtet, in der am hellen Wochentags- nachmittag von Jünglingen und Männern hübsche Damen hin und herbewegt werden. Tanzen kann so etwas doch nicht genannt werden. Da steht du zwischen den Blättern hindurch, wie die herrlichste Garderobe gezeigt, wie mit Armen, Schultern und Busen, mit schlanen Mädchenbeinen und kurzen Röden die Freude derer er- höht wird, die hier im bunten Kreis versammelt sind. Wir kennen die Leute nicht. Aber wer sich an einem Wochentagsnachmittag auf der Wollfabrik vergnügen kann, wird sich gewiß über den Zoll- tarif, über teure Brotpreise und was dazu gehört, keine Sorgen machen.

Es ist ein vorzügliches Stück Anschauungsunterricht, daß der Reichswirtschaftsrat so dicht hinter dem Tanzsalon unter freiem Himmel liegt, daß die Geigentöne für die, die alle Tage Sonntag haben und zu jedem Morgen „Feierabend“ sagen können, in dieses Haus dringen.

Hier der Kampf, dem Volk die schwersten Lasten abzunehmen — dort die Sorglosen, die den Himmel voller Geigen hängen haben, weil die anderen sorgen, daß sie leben und herrlich leben können.

Hier das Ringen, wenigstens für die etwas Erleichterung zu schaffen, die Werte schaffen und trotzdem ihren Bräutigam höher und höher gehängt bekommen — drüben jene, die nur eine Sorge kennen: Was zieh' ich an, wohin geh' ich mich heute amüßeren, wo ist die Welt am schönsten.

Daß wir doch mal unsere Freunde da hinüber schauen lassen könnten. Die Asphaltarbeiter, die sich auf den glühenden Straßen abmühen, die arme Näherin, die in ihrer dumpfen Mansarde hoch, den Kanalarbeiter und den Dachdecker, damit sie lernen, was Klassen- gegenläge sind, damit sie aber auch fühlen, wie groß die Arbeit noch ist, die geleistet werden muß, um diese herrliche Ordnung umzu- gestalten.

Die Glocke ruft wieder in das Beratungszimmer. Während wir weiter mit schwerer Sorge über den neuen Zahlen brüten und von draußen das dumpfe Brausen der arbeitenden Stadt herüber- klingt, schieben sich hinter dem grünen Vorhang die Pärchen weiter über den glatten Boden. Die Geige singt, die Flöte jubiliert: schon ist das Leben, es gibt keine Not. . . .

Die Welt in 50 Jahren.

Wer heute ein halbes Jahrhundert zurückdenken kann, dem tritt die ungeheure Veränderung der Lebensform mit besonderer Klarheit vor Augen. Was damals man nur in kühnsten Träumen sich ausdenken wagte, das ist heute Erfüllung geworden. Vor 50 Jahren gab es noch kein Telefon, kein elektrisches Licht, keine elektrischen Straßen und Eisenbahnen. Die drahtlose Telegraphie wäre vor 50 Jahren als phantastisches Märchen erschienen, wenn man von ihr erzählt hätte, und ebenso topfsüßend hätten die Großeltern eine Schilderung des Rundfunks als unerschämte Phant- asie abgelehnt. Als Jules Verne damals in einem seiner Romane das Unterseeboot mit elektrischem Antrieb beschrieb, da nahm man das für eine leere Phantasterei, und man hätte es für Wahnsinn gehalten, wenn damals jemand auf die Idee gekommen wäre, auf drahtlosem Wege ein Bild von New York nach London zu senden. Wenn alle diese schier unbegreiflichen Dinge heute verwirklicht oder der Verwirklichung nahe sind, so fragt man sich: Wie wird die Welt in weiteren 50 Jahren aussehen? Auf wissenschaftlicher Grund- lage sucht der englische Gelehrte Gernsback diese Frage in einem Zukunftsbild zu beantworten, das in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ wiedergegeben wird.

Vor allem werden die Verkehrsverhältnisse, die gegenwärtig immer unerträglicher werden, radikal umgestaltet sein. Man wird vielleicht dazu übergehen, eine ganz neue Art von Straßen zu bauen. Jede Stadt wird sogenannte Strohgürtel besitzen, die in mehreren Etagen übereinanderliegen. Die oberste Etage ist für leichte Personenzüge, wie Motorräder, bestimmt, die selbst- verständlich elektrisch betrieben werden. Die elektrische Kraftüber- tragung erfolgt durch Radio, und zwar nicht nur für die Fahrzeuge, sondern auch für die Fußgänger, die auf elektrischen Roll- schuhen dahingleiten. Ein Draht, der vom Rollschuh zum Kopf oder zur Schulter des Fußgängers verläuft und ihn mit der Radio- kraftlinie verbindet, genügt, um den Fußgänger eine mindestens 4—5 mal so große Geschwindigkeit der Fortbewegung zu gestatten, als heute möglich ist. Unter der ersten Etage fährt die elektrische Eisenbahn, die eine sehr viel größere Schnelligkeit als heute haben wird, unter der Eisenbahn verlaufen drei Trottoirs rulantens neben- einander, von denen das erste sich mit einer Geschwindigkeit von nur wenigen Kilometern in der Stunde, das zweite sich mit einer solchen von 12 bis 16 Kilometern und das dritte mit einer Ge- schwindigkeit bis zu 24 Kilometern fortbewegt. Nach einem halben Jahrhundert dürfte auch die heute so viel erörterte Frage der Be- einflussung des Wetters, wenigstens für die großen Städte, gelöst sein. Mächtige Konstruktionen für elektrischen Hoch- frequenzstrom werden auf den Dächern der höchsten Gebäude an- gebrocht sein, und durch sie wird man in der Lage sein, Regen- wolken zu zerstreuen oder Regen herbeizurufen.

Man wird in 50 Jahren kaltes Licht anwenden und die Energie reiflos ausnützen, die heute noch durch Wärmeverwendung ver- geudet wird. Die Häuser der Zukunft werden nach dem System der Thermosflasche geheizt werden; sie werden Doppelmauern haben, deren Zwischenräume mit Kork oder einem anderen schlechten Wärme- leiter ausgefüllt sind, und dadurch werden die Zimmer im Winter warm, im Sommer kühl sein. Auch der drahtlose Film wird dann etwas Selbstverständliches geworden sein.

Merkwürdige Verkehrsfragen. Es gibt wohl wenige Stellen, wo so seltsame Fragen gestellt werden, wie in der Luftverkehrs- abteilung eines Reisebureaus. Fast allen solchen Fragen ist gemein- sam, daß sie durch das Telefon an das Bureau gerichtet werden. Seitdem bestimmt man einen der Fragesteller zu sehen, die Berliner Reisezeitung „Wo hin?“ gibt eine Anzahl solcher Fragen wieder:

„Kann ich einen räudigen Hund nach Griechenland mitnehmen?“

„Welchen Kurs hat augenblicklich der Maria-Theresia-Laser in Abessinien?“

„Wie ist der Hebammentarif in Italien?“

„Was kostet eine Autodroschke für 2 Erwachsene, drei Kinder, vier Koffer und einen Hund?“

„Was muß ich machen, um an der Grenze fünf Kisten Zigarren nicht vergolten zu müssen?“

„Wie ist das, wenn ich mit meiner Frau auf einen Familien- pak reise, wird sie auch rezidiert?“

„Können Sie mir sagen, wann in Konstantinopel Polizeistunde ist?“

Einmal stand man ausnahmsweise doch einem der kuriosen Frager persönlich gegenüber. Er wollte durchaus wissen, wo man sich in Wien amüßeren könne. Man nannte ihm eine Reihe be- kannter Unterhaltungsstätten. Aber er war nicht zufrieden, wollte immer noch mehr wissen und zwinkerte mich fortwährend in un- erschämter Weise an. Da gab man ihm die Adresse des Allgemeinen Krankenhauses.

Automatische Flugzeug-Steuerung. In England werden gegen- wärtig Versuche mit einer neuartigen Vorrichtung zur automatischen Steuerung von Flugzeugen gemacht. Ein Flugzeug, das mit der Vorrichtung ausgerüstet ist, verkehrt jetzt probeweise zwischen Lon- don und Paris. Es ist bereits gelungen, das Flugzeug eine halbe Stunde lang führerlos fliegen zu lassen. Der Pilot verließ zu diesem Zweck den Führerflügel, nachdem er eine gewisse Höhe erreicht und die Steuerung auf den Kurs eingestellt hatte, den er einhalten wollte. Dann zog er sich in die Passagierkabine zurück und las hier dreißig Minuten lang in aller Ruhe ein Buch. Als er wieder den Führer- flügel eingenommen hatte, konnte er feststellen, daß das Flugzeug genau den Kurs beibehalten hatte, auf den es vorher eingestellt worden war.

Was amerikanische Firmen für Reklamematerialien ausgeben. Die Reklame wird in Amerika bekanntlich in viel großzügigerer Weise betrieben als bei uns. Welche Reklamenummern aber dafür ausgegeben werden, darüber gibt die Statistik Aufschluß, die von einer ameri- kanischen Verlegervereinigung, der American Publishers' Association, aufgestellt worden ist. Sie umfaßt natürlich nur die Inseratreflektoren. An der Spitze steht die Victor Talking Machine Company (Grammo- phone), die jährlich 11 Millionen Goldmark für Reklamematerialien aus- gibt. An zweiter Stelle steht die Seifenfabrik Levers Brothers mit 8,8 Millionen. Dann folgen die Dodge Brothers Company (Auto- mobile) mit 7 Millionen, die Colgate Company (Seifenfabrik) mit 6,8 Millionen, die Standard Oil Company mit 6,3 Millionen, die American Tobacco Company mit 5 Millionen, die Calumet Baking Company (Lebensmittel) mit 5 Millionen.

Die Komödie „Die Jenseits“ von Elinor Reibel ab 1. Juli in der Original- besetzung im Deutschen Ränke-Theater über.

Die Frühjahrsausstellung der Akademie wird noch eine Woche verlängert. Sie ist täglich von 10 bis 5 Uhr bis einschließlich Sonntag, den 28. d. M., geöffnet.

Jahrtausendfeier im Saargebiet.

E. R. Saarbrücken, 23. Juni.

Man hat der Jahrtausendfeier im Rheinland nachgesagt, daß sie eine Feier des offiziellen Rheinlandes sei, daß bei feierlichen Festakten und Festmahlen das offizielle Deutschland und die Spigen der Provinzial- und Kommunalbehörden allein sich zusammengedrängten hätten, um die Erinnerung an die tausendjährige Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich zu einer Art von politischer Demonstration zu benutzen. Sicher hat auch die Jahrtausendfeier des Saargebietes, die den Abschluß dieser Tage bildet, einen eminent politischen Charakter. Aber ihre Bedeutung bestand gerade darin, daß sie alles andere als eine offizielle Feier gewesen ist. Niemand, der am Sonntagabend von dem Festsaal des Saarbrücker Rathhauses aus das Bild des stundenlangen, nicht endenwollenden Fackelzuges der ganzen Saarbrücker Bevölkerung mitangesehen hat, konnte sich des Eindrucks erwehren, daß hier nicht irgendwelche Spigen, sondern daß hier das Volk in seiner großen, breiten Masse in festesfroher Stimmung eine Volksfeier beging. Was an diesem Abend in den engen Gassen und auf den breiten Hauptstraßen dieser aufstrebenden Industriestadt bis lange nach Mitternacht dicht gedrängt zusammenstand, das waren keine Spigen, das waren die Arbeiter des Saargebietes, das waren die Massen des schaffenden, werttätigen Volkes.

Sicher hat es im ganzen Rheinland keine Stadt gegeben, die in einem solchen Flaggensturm prangte. Von den Hauptstraßen beginnend bis zum letzten entlegenen Arbeiterhäuschen weitgestreuter Vorstädte ein endloses Meer von Flaggen und Fähnchen, von Tannengrün und Schmutz. Keine Spitze, keine Behörde kann solche Beteiligung befehlen oder kommandieren. Keine Polizei kann solchen elementaren Ausdruck des Willens eines ganzen, geschlossenen und in seiner Zukunftsfrage einigen Volkes unterbinden. Das Saarvolk will deutsch bleiben, will seine Zugehörigkeit zum großen Deutschen Reich unter allen Umständen aufrechterhalten.

Natürlich spielte auch in diese große Demonstration der Volksmassen der Flaggenkampf hinein. Das Meer schwarzrotgoldener Fahnen und Wimpel ist überall unterbrochen durch die schwarzweißrote Fahne der Hohenzollernmonarchie. Aber man gewinnt den Eindruck, daß hier der Flaggenkampf nicht die scharfen Formen annimmt und vielleicht auch nicht annehmen kann, die nur im unbefestigten Gebiet herrschen. Der Wille zur gemeinsamen Abwehr der Fremdherrschaft scheint stärker als im unbefestigten Gebiet der scharfe Kampf um die Republik. Hier muß es Hindenburg sich gefallen lassen, daß in Schaufenstern sein Bild ausgestellt und mit schwarzrotgoldenen Fahnenbändern geschmückt wird, hier sieht man Auto über Auto, an denen friedlich die schwarzrotgoldene Fahne neben der schwarzweißroten weht. Hier sieht man zahllose Fenster ein und derselben Wohnung mit beiden Flaggen geschmückt. Wenn die Regierungskommission nicht den Versuch gemacht hätte, ein Verbot der schwarzweißroten Fahne herbeizuführen, womit sie erfreulicherweise scheiterte, dann hätte vielleicht Schwarzrot-Gold noch mehr als jetzt schon das Bild der Straßen beherrscht. So flaggen viele aus Protest gegen fremde Polizeischritte auch mit diesen Farben, um zu zeigen, daß man die Befehle des Herrn Kooult ablehnt.

1935 muß nach dem Versailler Friedensvertrag die Bevölkerung darüber befragt werden, ob sie beim Deutschen Reich verbleiben, ob sie zu Frankreich gehören oder ob sie das jetzige Regime beibehalten will. Seitdem mit dem 10. Januar 1925 das Saargebiet durch die Zollgrenze von Deutschland getrennt ist, sind sicher Schwierigkeiten entstanden, deren endgültige Auswirkung heute noch nicht ganz zu übersehen ist. Das Eine aber erscheint sicher, wenn man heute die Saargebetsbevölkerung befragen würde, dann würden 99 Proz. eine klare und unzweideutige Absage an französische Annexionsgelüste erteilen. Und es scheint nicht abzusehen, daß sich in 10 Jahren diese einheitliche Stimmung der Bevölkerung ändern könnte. An der Saar wollen die Volksmassen die Aufhebung einer erzwungenen Fremdherrschaft, wollen sie zur großen deutschen Republik zurück. Daß sie die Republik wollen, daß sie den freiwirtschaftlichen, sozialen Volksstaat wollen, auch das war in dieser überwältigend schönen, einfachen und schlichten Feier der Massen deutlich genug zu spüren. Diesem Eindruck werden sich auch die Väter des Versailler Vertrages nicht haben entziehen können.

Der Leipziger Femeprozeß.

8 Jahre Zuchthaus für Zeitschel.

Leipzig, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Medienburger Kommunistenprozeß wurde am Mittwoch vormittag 10 Uhr das Urteil gefällt. Der Angeklagte Zeitschel wird wegen Beihilfe zum Mord zu 8 Jahren Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe, Winkel zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe, Warnke zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe, Schmitt zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe verurteilt. Bei den Angeklagten Zeitschel, Warnke und Schmitt werden je 11 Monate und die Geldstrafen, bei dem Angeklagten Winkel ein Jahr angerechnet. Dem Angeklagten Zeitschel kann ein Mord nicht mit Bestimmtheit nachgewiesen werden und ist deshalb nur Beihilfe zum Mord angenommen worden.

Festungsstrafen in Hamburg.

Hamburg, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In dem Zuchthausprozeß wegen der Teilnahme an den Kämpfen bei Schiffbeil auf preussischem Gebiet bei Hamburg in Verbindung mit dem Hamburger Kommunistenprozeß im Oktober 1923, wurde heute vormittag das Urteil gegen die in der letzten Instanz vereinigten 13 Angeklagten gefällt. Es wurden Festungsstrafen in Höhe von 3½ Jahren bis 1 Jahr 3 Monate in Verbindung mit Geldstrafen von 100 bis 200 M. verhängt. Insgesamt 29½ Jahre Festungshaft und 1640 M. Geldstrafe. In dem gesamten Schiffbeil-Prozeß, der sich gegen 191 Angeklagte richtete, wurden insgesamt 324 Jahre Festungshaft verhängt.

Der Matteotti-Prozeß. Das italienische Untersuchungsgericht hat entschieden, daß die in dem Matteotti-Prozeß verwickelten Faschisten Dumini, Breschese Rossi und der nach Paris geflüchtete Journalist Bazzi vor ein Schwurgericht gestellt werden. Rossi hat dagegen Berufung eingelegt. Diese Forderungen der Nation kommen wahrscheinlich vor Provinzial-Geschworen, die man entsprechend präparieren kann.

Der Kampf um die Grundschule.

Eine Miesenerversammlung im Großen Schauspielhaus.

Der gewaltige Bau des Großen Schauspielhauses war gestern Abend bis auf den letzten Nagel besetzt. Die Versammlung, die zum Teil außerordentlich lebhaft verlief, behandelte das hochaktuelle Thema der Grundschule. Nach Eröffnung durch Herrn Schwardt ergriff Herr Georg Wolff, der erste Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, das Wort zu Ausführungen, denen folgendes entnommen sei:

Es ist der tiefe Sinn des Artikels 146 unserer Reichsverfassung, daß er sich zu der Idee der Einheitschule bekennt. Es soll nicht mehr nebeneinander zusammenhanglos stehende Schularten geben, die auch innerlich durch eine Zweipoligkeit der Erziehungsziele und Erziehungsgehalte ohgrundtief geschieden sind. Die Schulglieder sollen fortan organisch aneinander gefügte Teile eines geschlossenen Baues sein, die auch durch das gleiche Erziehungsziel verbunden sind. Das war der Wunsch pädagogischer Propheten und deutscher Lehrer seit Jahrzehnten; das wurde in Weimar das Bekenntnis des deutschen Volkes, dem ursprünglich alle Parteien und Gruppen zustimmen. Die Grundschule ist der tragende Unterbau dieses Einheitschulgebäudes. Sie wurde Wirklichkeit durch das Reichsgrundschulgesetz vom 28. April 1920, das mit feierlichen Worten von allen Parteien des Reiches anerkannt und verabschiedet worden war. Die Grundschule will durch die Vereinigung und die gemeinsame Arbeit der Kinder verschiedenster Elternhäuser in den Kindern eine Gemeinschaftsgefühle erzeugen, die Voraussetzung der staatsbürgerlichen Gesinnung ist; sie will Eltern und Lehrer bei der Erziehung ihrer Kinder zur Arbeitsgemeinschaft verbinden und

Das Beispiel einer Gemeinbürgerschaft

in der Schule geben. Wie groß war aber der Widerstand gegen die Grundschule vor allem seitens jener Eltern, die früher ihre Kinder durch Vorschule oder Privatunterricht laufen ließen! Zuerst kamen die Umgehungen des Gesetzes. Wer da weiß, wie Eltern ihre Kinder in hygienisch zu beanstandenden Räumen und nicht immer ersten Erziehern oft in unerträglicher Menge und in dilettantischer Weise vorbilden ließen, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß es sich gar nicht um einen pädagogischen Widerstand handelt, sondern ganz einfach um antisoziale Gesinnung. Dann folgten mancherlei Uebergangsbestimmungen, durch die ein sog. Lustjahr in der höheren Schule vermieden werden sollte. An einzelnen Schulen wurden zwei und mehr untere Klassen eröffnet, deren Schüler nicht überall mit der erforderlichen Strenge ausgewählt wurden. Da das Wort des damaligen Unterrichtsministers Dr. Boesig eine Wiederholung dieses Vorganges für 1925 unter allen Umständen unmöglich machte, wurde jetzt der Reichstag in Bewegung gesetzt, damit einer bestimmten Gruppe von Schülern ein vorzeitiger Uebergang ermöglicht würde. Man kam

Die Frauen gegen den Zollwucher.

In einer stark besuchten Konferenz der Berliner Funktionärinnen sprach die Genossin Rathilde Wurm über „Zölle und Außenpolitik“. Sie wies darauf hin, daß es gelungen ist, die Verabschiedung der Zollovorlage bis zum heutigen Tage hinauszuzögern. Die Industrie hatte zuerst verweigert, ihre Zölle vor den Agrarzöllen unterzubringen. Stillschlicht hat sie die Absicht, später den Agrarzöllen die Zustimmung zu verweigern. Dieses Vorhaben der Industrie ist aber gescheitert. Ran hat die Industrie- und Agrarzölle vereinigt zu der bekannnten Schutzvorlage, die jetzt im Reichstag in aller Eile bis zum 18. Juli durchgepeitscht werden soll. Die große Masse der werktätigen Bevölkerung weiß nicht, wie sich die Annahme dieser Zölle auf ihre Lebenshaltung auswirken wird. Es bliebe fast kein Bedarfgegenstand, kein Nahrungsmittel von der Verteuerung durch die Zölle verschont. Nun wird behauptet, daß diese Zölle eine Erhöhung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion herbeiführen würden. Tatsächlich aber haben weder Industrie noch Landwirtschaft ein Interesse an einer Produktionshebung, wenn ihnen die Gewinne mühselos in den Schoß fallen. Vor allem aber werden die Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse fühlbar werden und den Arbeiterhaushalt belasten. Hier sind es Brot, Kartoffeln und Fleisch, die Hauptnahrungsmittel der kleinen Leute, die eine wesentliche Verteuerung erfahren werden. An dem guten Willen der Reichsregierung, für das Volk zu arbeiten, muß man nach dieser Vorlage wirklich zweifeln. Man kann sich den Eindruck nicht erwehren, daß die Rechtsregierung noch schnell die Schutzvorlage unterbringen und dann vielleicht die Regierungsgeschäfte anderen überlassen will. Für ein solches Erbe werden sich die in Frage kommenden Parteien bestens bedanken. Es gilt jetzt, die Augen aufzuhalten und mit aller Kraft den Parlamentariern den Rücken zu stärken, damit dieser Anschlag der Rechtsparteien zu schanden wird. Nachdem noch einige Diskussionsrednerinnen die Ausführungen der Genossin Wurm bewegt unterfirden hatten, schloß die eindrucksvoll verlaufene Versammlung.

Vor dem Eintritt in die eigentliche Tagesordnung erledigte die Versammlung noch die Wahlen und Vorschläge zum Partei- und zum Frauentag in Heidelberg. Für den Frauentag wurden die Genossinnen Schmitt und Böbus gewählt. Zum Parteitag kamen durch Jettelabstimmung die Genossinnen Todenhagen, Wurm, Scheidhuber und Bengels in Vorschlag. Als Delegierte zum internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß in Mar-seille wurde Genossin Bohm-Schuch gewählt.

Vorgänge auf einer Polizeiwache.

Eine Mißhandlungssache auf der Polizeiwache 87 in der Fruchtstraße bildete den Hintergrund einer Beleidigungssache, die den früheren Redakteur der „Roten Fahne“, Fritz Apelt, wegen Beleidigung der Polizeibeamten des Rektors 87 vor das Schöffengericht Mitte führte. Die Zeitung hatte, wie eine Gerichtskorrespondenz meldet, dieses Vorkommnis, bei dem der 33jährige Händler Zimmermann ums Leben gekommen war, zum Anlaß scharfer Angriffe gegen die Polizei genommen und von einem System „Haarman, von Sadismus und Verbrechen“ gesprochen. Im Juni 1924 war Zimmermann abends um 8 Uhr vom Polizeirevier gekommen und hatte schimpfend mit der Faust zu den Fenstern hinaufgedroht, so daß sich alsbald eine Schar Kinder ansammelte. Zum Scherz riefen einige Kinder: „Die Grünen kommen!“ Zimmermann hatte darauf erschreckt die Flucht ergriffen, war durch den Torweg auf den Hof gelaufen und wollte über eine Mauer klettern. Dabei glitt er aus und wurde im Herabfallen auf einem Staket aufgespießt, so daß er alsbald im Krankenhaus verstarb. Der Anlaß, der Zimmermann auf das Polizeirevier geführt hatte, lag darin, daß ein Kaufmann Buntl in angegruntem Zustand auf die Wache gebracht worden war. Zimmermann war ihm nachgefolgt und hatte sich als Zeuge erboten. Die „Rote Fahne“ behauptete nun, daß schwere Mißhandlungen, sowohl des Buntl, als auch des Zimmermann vorgekommen seien. Der Angeklagte betrieß sich darauf, daß schon seit langem in der Nachbarschaft bekannt gewesen sei, daß auf dem Polizeirevier 87 furchterlich geprügelt werde. Es hätten auch die Nachbarn an jenem Tage Wehklagen und Geschrei gehört. Zunächst wurde eine Reihe von Schupwachmeistern vernommen, die sämtlich erklärten, daß sie von Mißhandlungen nichts gehört und nichts gesehen hätten.

Aus dem Obduktionsprotokoll ist nicht zu ersehen, daß bei Zimmermann irgendwelche anderen Verletzungen vorhanden waren. Zeuge Buntl befand sich: „Nachdem meine Personellen festgesetzt waren, bekam ich von der Seite eines Schlags ins Auge und darauf noch weitere Schläge ins

nicht ganz zum Ziele, da die angenommene Novelle vom 18. April 1925 den Uebergang an eine Reihe von Bedingungen knüpfte, und die Auswahl und Entscheidung den Schulbehörden überließ, um diese Auswahl sachlich vorzunehmen. Nun hat die gleiche Gruppe den Kampf gegen diese preussischen Richtlinien geführt, die die Novelle ihrem Sinn und Wortlaut entsprechend fast überall durchführten. Die gewaltige Mehrheit der Eltern will die Grundschule und bekennt sich zu ihrer sozialen und pädagogischen Idee. Ist die Grundschule noch nicht so, wie sie ihrer Idee nach sein soll, so muß sie verbessert werden. Aber das geschieht nicht dadurch, daß einzelne für ihre Kinder bessere Schulbedingungen schaffen, sondern dadurch, daß wir für alle Kinder unseres Volkes diese Vorteile schaffen. Als zweiter Redner sprach Herr Rektor Stolle aus Magdeburg. Er brachte unter stürmischem Beifall die positive Haltung der preussischen Volksschullehrerschaft, die sich fast restlos hinter die Arbeit des Ministeriums stellte, zum Ausdruck.

In der Diskussion

teilte Genosse Schröter für die freie Schulnützgemeinschaft mit, daß diese entgegen einer irreführenden Zeitungs-meldung eines bürgerlichen Blattes nach wie vor für den Kampf um uneingeschränkte Erhaltung der Grundschulen ein-trete. Dasselbe erklärt der Redner für den Zentralarbeitsausschuß sozialdemokratischer Elternbeiräte. Selbst ein Redner, der von vornherein erklärte, daß er politisch rechts stehe, zollte der Grundschulidee und ihrer Praxis volle Anerkennung. In Oberstudienrat Bötter-mann fanden die Gegner zwar einen sehr pathetischen, aber ungeschickten Verteidiger, der nationalistische Phrasen in der Schule für erzieherischer hält, als gemeinsame Arbeit. Dr. Witte trat ihm in sachkundigen Ausführungen über die Erfahrungen in den Grund-schulen Westfalens entgegen. Genossin Dr. Wegscheider brachte zum Ausdruck, daß es die Sache der Frauen des Volkes sei, unbeding-t für die Erhaltung der vier Grundschuljahre einzutreten, damit unsere Kinder wenigstens in ihrer ersten Schulzeit vor der allge-meinen Verberbung der Jugend geschützt werden. Keiner jämmer-lichen Interpretation der Ausführungsbestimmungen durch die Gegner dürfe es gelingen, den Aufstieg der arbeitenden Klasse zu verhindern. Nach einem Schlußwort des Herrn Wolff, der zu regster Arbeit für die Jugendgemeinschaft als Vorstufe wahrer Volksgemein-schaft aufrief, nahm die Versammlung in später Nachstunde eine

Entschließung

an, die sich gegen die immer neuen von derselben Seite unter-nommenen Versuche, die Grundschule in ihrer ruhigen Entwicklung und ihrem gedeihlichen Schaffen zu stören, wendet. Die Entschließung verurteilt es aufs schärfste, daß eine zahlenmäßig ganz kleine Eltern-gruppe durch ihre lärmende Agitation für den Einbau von Förder-klassen und für den vorzeitigen Uebergang von Schülern neue Un-ruhe in die Grundschule trägt und sie in ihrer sozialen und er-zieherischen Arbeit schwächt und schädigt.

Gesicht, so daß die Augen bluteten und ich nichts sehen konnte. Dann bogelte es Schläge.“ Die Beamten kann der Zeuge nicht wiedererkennen. Er erinnert sich nur, daß derjenige, der ihm den ersten Schlag gegeben hat, nicht unter den getöteten Zeugen ist. Der Zeuge gibt weiterhin an, daß er nach der Entlassung blau ange-laufene und geschwollene Augen hatte und eine Beule am Kopf, die ihn zwang, sich in ärztliche Behandlung zu begeben. Der Arzt habe ihm zwei Knochen splitter herausgezogen. Die Beamten, die dem Zeugen gegenübergestellt wurden, wußten von den Schlägen nichts. Die Zeugin Weber sah, daß Zimmermann, als die Kinder riefen, daß die Grünen kämen, auf den Hof lief und sich im Keller zu ver-stecken suchte. Zimmermann stand an die Mauer gelehnt, hielt sich den Bauch und rief: „Mein Leib, mein Leib.“ Sie haben mich so auf der Wache geschlagen!“ Dann stürzte er voller Angst weg und wollte über den Zaun klettern.

Die Zeugin hat wahrgenommen, daß Zimmermann ein ge-schwollenes Gesicht, ein blaues Auge und angeschwollene Hände hatte. Angesichts dieser Sachlage hielt es der Staatsanwalt für angebracht, zur Klärung des Sachverhalts noch weitere Zeugen zu laden. Die Polizei werde in letzter Zeit fortgesetzt vom Publikum angegriffen und da liege ein lebhaftes Interesse zu einer restlosen Aufklärung vor. Er beantragte, die sämtlichen Polizeibeamten des Rektors zu laden und das Pflegepersonal im Krankenhaus Fried-richshain, um festzustellen, ob Zimmermann bei der Entlieferung Spuren von Mißhandlung gehabt habe. R.-A. Dr. Kurt Rosen-feld schloß sich diesem Antrage an, nicht bloß, weil das Publikum die Polizei angreife, sondern weil durch zahlreiche Prozesse erwiesen sei, daß auf den Polizeirevierern geprügelt werde.

Das Gericht lehnte jedoch sämtliche Beweisangebote ab, da die Sache genügend geklärt sei, und beschloß, die sämtlichen Zeugen zu verurteilen. Es standen somit Eide gegen Eide, die der fünf Polizeibeamten gegen die der zwei Zollzeugen. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, während der Ver-teidiger Freisprechung schon aus § 193 und auch, weil der Wahr-heitsbeweis gelungen sei, beantragte. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu einem Urteil, in dem als festgestellt angesehen wurde, daß Mißhandlungen vorgekommen seien, daß aber die Beamten, die hier als Zeugen vernommen worden sind, nach der eigenen Angabe von Buntl als Täter nicht in Frage kommen. Dem Angeklagten könne daher nicht zur Last gelegt werden, daß er unwahre Tatsachen nach § 186 behauptet habe. Wohl habe er sich aber, da er in der Kritik über das Ziel hinaus-geschossen war, der formalen Beleidigung nach § 185 schuldig gemacht. Derartige Vorkommnisse auf einem Polizeirevier müssen aufs schärfste geahndet werden. Derbe Ausdrücke waren entsprechend der Empörung berechtigt und müssen in guter Absicht gesehen sein. Deshalb hat das Gericht auch nur auf eine Geld-strafe von 100 Mark erkannt.

Achtung! SPD-Stadtoerordnete. Morgen, Donnerstag nach-mittag 4½ Uhr, Fraktions-sitzung (Zimmer 109). Anschließend um 6 Uhr Stadtoerordnetenversammlung.

Der Männerchor „Harmonie“ Charlottenburg (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes) veranstaltet unter Leitung seines Chormeisters Max Schaarschmidt am Donnerstag, den 25. Juni, abends 7½ Uhr, im Park am Liebensee ein öffent-liches Konzert. Zum Vortrag kommen Kunst-, Volks- und Scherzlieder.

Sprechchor für proletarische Festmahlen. Donnerstag abends 8 Uhr im Besenstiel der Eobner-Schule, Weinbergstr. 16-17, Uebungsstunde und wichtige Besprechung. Alle Mitglieder müssen bestimmt und pünktlich er-scheinen. Gäste willkommen.

Das vermehrte Flugzeug des Aero-Clubs in Stockholm ein-geetroffen. Die Mitteilung, daß eines der Wasserflugzeuge des Aero-Club auf der Straße Danzig-Stockholm überfällig sei, ent-spricht nicht den Tatsachen. Das am Montag in Danzig auf-gegriffene Flugboot ist nach einer durch starken Nebel ver-ursachten Verzögerung wohlbehalten an seinen Bestimmung-ort Stockholm eingetroffen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 9. Kreis Wilmersdorf. Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr: Kreisbelegungs-versammlung bei Rulle, Sonnenberger Straße 11. Tagesordnung: Bericht über Bezirksvereinsbestimmungen. Gedächtnisrede zum 21. und Parteitag. Die Bezirksstadtdirektoren müssen ebenfalls erscheinen.
- 17. Kreis Tempelhof/Reinickendorf. Donnerstag, den 25. Juni (nicht Mitter-nachts) abends 9½ Uhr: Bezirksversammlung im Eigenem Tempelhof, Reichenstraße 2, Bürgerkriegsclub.

Gewerkschaftsbewegung

Die Aussperrung in der Holzindustrie.

Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Heute vormittag 11 Uhr trafen auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers die Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie zu Vergleichsverhandlungen zusammen. Nach längerer Verhandlung kamen die Parteien überein, auf dem Wege einer direkten Verständigung ohne Jubiläum ohne Unparteilichkeit die Beilegung des Konflikts zu suchen. Man kam weiter überein, daß die Beilegung des Konflikts unter Zuhilfenahme der Zentralorganisationen nur auf dem Wege der freiwilligen Vertragsgrundlage, d. h. der beidseitigen Abmachungen gefunden werden könne.

Die Verhandlungen, die zurzeit noch nicht abgeschlossen sind, stellen zunächst nur unverbindliche Besprechungen dar, da der Deutsche Holzarbeiterverband irgendwelche Beschlüsse erst nach der Tagung der Gauleiterkonferenz, die morgen stattfinden wird, fassen kann.

Die Legende von den sozialen Lasten.

Simmer wieder treten in den Generalsversammlungen der Arbeitervereine die Vermählungen mit der Behauptung hervor, daß an dem durch die hohen Preise verringerten Umsatz neben den hohen Steuern vor allen Dingen die hohen sozialen Lasten schuld seien. Auch in der Generalsversammlung der Deutschen Petroleum-A. G. hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats, der gleichzeitig Direktor der Deutschen Bank ist, Herr von Stauch, mit diesem Argument operiert. Im Geschäftsbericht ist dasselbe zu lesen. Geht man den Dingen auf den Grund, so muß man zu folgender Feststellung kommen:

Die Löhne und Gehälter machen auf die Umsatzeinheit in der Wirtschaft umgerechnet ungefähr 15 Proz. des Preises aus. Von diesen 15 Proz. sind ungefähr 6 bis 7 Proz. für Sozialabgaben zu rechnen oder auf den Preis der Umsatzeinheit 1/2 Proz. Dieses 1/2 Proz. soll die Preise verteuern! Dieses 1/2 Proz. soll daran schuld sein, daß unsere Wirtschaft nicht konkurrenzfähig ist. Man kann kaum glauben, daß man es mit ernsthaften Menschen zu tun hat, wenn man diese eine Tatsache erwähnt und wenn man auf der anderen Seite weiß, daß immer noch die „sozialen Lasten“ in den Reden der Arbeiter eine so große Rolle spielen.

Auf der anderen Seite erklären sämtliche Wirtschaftler übereinstimmend, das einzige, was wir aus der Inflation und aus dem Kriege gerettet haben, ist unsere Arbeitskraft. Man müßte lediglich annehmen, daß nun alle nur möglichen Aufwendungen gemacht werden sollen, um dieses uns erhaltene gebliebene Gut weiter zu hegen und zu pflegen. Aber was sehen wir? Bestehen noch Abbau der sozialen Lasten. Ja, was soll mit den Arbeitern geschehen, wenn sie vorübergehend oder dauernd arbeitsunfähig werden? Wenn ihre Arbeitskraft abgenutzt ist? Sollen sie auf der Straße verhungern oder sich vom Betteln ernähren? Waschen das die Arbeiter etwa ebenso? Angesichts einer solchen „Logik“ fragt man sich nur an den Kopf und fragt sich, ob dieselben Leute, die die Führerrolle in der Wirtschaft und im Staate beanspruchen, nicht Idioten sind.

Serien für die Jugend!

Von der Jugendzentrale des Ortsausschusses des ADGB wird uns geschrieben:

In diesem Jahre wurde vom Ausschuss Deutscher Jugendverbände nach einem Referat eines Vertreters des ADGB an die Gesetzgebung das Verlangen gestellt, Ferien für die erwerbstätige Jugend gesetzlich festzusetzen. Die Forderung nach einer allgemeinen Regelung der Ferien war um so notwendiger, als die tarifliche Regelung gehemmt wurde durch den sozialpolitischen Rückschritt mancher Kreise des Unternehmertums und durch die Arbeit mancher „Juristen“ mit ihrer „Beweisführung“: der Lehrvertrag sei kein Arbeitsvertrag.

Jetzt, in diesen Monaten, wo viele in den Genuss einer vollen Entspannung und gesunden Erholung kommen, sei an das soziale Gewissen gemahnt. Denke jeder, der da im herrlichen Gebirge oder an der prächtigen See weilt, der in dumpfen Werkstätten arbeiten, ach so licht- und lufthungrigen Jungs.

Um die Berliner Öffentlichkeit auf die Ferienfrage zu lenken, hat die freigewerkschaftliche Jugendzentrale im Berliner Hauptauschuss für Jugendpflege und Leibesübungen den Antrag gestellt, die aufgestellten Forderungen nach einem gesetzlich geregelten Urlaub zu unterstützen. Der Hauptauschuss machte sich einstimmig diese Forderungen zu eigen:

3 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und 2 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren zu gewähren. Weiter sollte durch Einrichtungen (Heime) und Veranstaltungen (Wanderungen usw.) für körperliche, geistige und seelische Erholung Sorge getragen werden.

Unbeschadet dieser Forderung nach gesetzlicher Regelung stellte die freigewerkschaftliche Jugendzentrale auch in diesem Jahre an die Handwerkskammer den Antrag, die Ferienfrage für die gewerblichen Lehrlinge generell zu regeln und die Gewährung den angeschlossenen Innungen zur Pflicht zu machen.

Während man im Vorjahre noch kurz antwortete, „ein Zwangsurlaub sei aus erzieherischen Gründen nicht zulässig“, erklärt man in diesem Jahre etwas sehr unbestimmbar, daß die Gewährung auf dem Wege des Zwanges nicht möglich, jedoch sei die Frage „entsprechend dem zwischen Lehrherrn und Lehrling bestehenden Erziehungsverhältnis nur von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse zu regeln.“ In dieser Form werden die meisten Lehrherrn zur Gewährung von Ferien bereit sein.

Uns lag daran, die Grundzüge, die obwalteten bei der Fassung des Beschlusses der Handwerkskammer-Vollversammlung, zu erfahren. Wir betonten in einem weiteren Schreiben an die Hand-

werkskammer die Notwendigkeit des Urlaubs für alle Jugendlichen aus physischen und seelischen Gründen und ersuchten um Angabe über die Dauer des Urlaubs, sowie dessen Verteilung auf die einzelnen Lehrjahre.

In ihrer Antwort gab die Handwerkskammer bekannt, sie könne die Grundzüge nicht mitteilen, „weil die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Handwerkszweigen dies unmöglich macht. Hiernach ist auch eine Normierung der Feriendauer sowie die Verteilung auf die einzelnen Lehrjahre durch die Kammer nicht möglich.“

Damit dürften die wahren Gründe entleert sein, denn die „Verschiedenartigkeit der Verhältnisse“ kann doch nicht verschiedene Erziehungsverhältnisse bedingen. So gilt ihnen die Arbeitskraft, und für deren Schonung und Erholung wollen sie kein Bekenntnis ablegen und verdecken ihr soziales Unverständnis mit dem liebevollen Schleier eines Erziehungsverhältnisses. Ohne „Berücksichtigung jeweiliger Verhältnisse“ werden der studierenden Jugend, die aus gefürderten Verhältnissen kommt, Ferien zugesprochen. Wie lange wollen diese Kreise noch eine Ferienpause der arbeitenden Jugend vorenthalten?

Es ist notwendig, daß die Öffentlichkeit die Ferienfrage aufgreift und im weitesten Rahmen diskutiert. Diese Angelegenheit ist keine Sache von Interessententreiben, es gilt für das kostbarste Gut der Nation, die heranwachsende Jugend einzutreten. Die Gewerkschaften werden und müssen mit allen ihren Kräften diese Angelegenheit zur Entscheidung bringen.

Freitag, den 26. Juni 1925, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus (kleiner Festsaal), am Alexanderplatz:

Referenten-Konferenz

mit den Betriebsvertrauensleuten und Gewerkschaftsfunktionären der SPD, sowie den Mitgliedern des erweiterten Bezirksvorstandes:

Vortrag des Genossen Dr. Breitscheid (M. d. R.) über „Der Kampf um Löhne und Steuern, im Zusammenhang mit der innen- und außenpolitischen Situation.“

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch der SPD. Der Bezirksvorstand.

Kommunistische Einschleichungsmethoden.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband wird uns geschrieben:

In der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom 23. Juni 1925 befindet sich ein für die Propaganda bestimmter Aufruf zu einer Versammlung im 4. Verwaltungsbezirk, Prenzlauer Berg. Als Einberufer dieser Versammlung wird die Belegschaft des Gaswerks 4, Danziger Straße, genannt.

Dazu sei folgendes bemerkt: Weder den Funktionären noch den Betriebsräten ist der Aufruf vor seiner Veröffentlichung zur Kenntnis gegeben worden. Der Vorgang ist lediglich folgender:

In einer Betriebsversammlung, die sich mit Verbandsangelegenheiten und Kammerfragen beschäftigte, erschienen angebliche Betriebsräte aus den Betrieben, die im Bereiche des 4. Verwaltungsbezirks liegen, und gaben bekannt, daß man innerhalb des 4. Verwaltungsbezirks eine öffentliche Kundgebung plane, ohne jedoch die Tagesordnung oder irgend etwas bekanntzugeben. Die Versammlung erklärte sich mit der Zusammenkunft einverstanden. Um so verwunderlicher ist es aber, wenn nun die Sache so hingestellt wird, als ob die Belegschaft des Gaswerks 4 der Einberufer wäre. Es muß um die Werbestadt der Kommunistischen Partei sehr schlecht bestellt sein, wenn man zu derartigen Mitteln greifen muß. Oder haben die betreffenden angeblichen Betriebsräte nicht den Mut, unter ihrem eigenen Namen und Partei solche Kundgebungen zu veranstalten?

Wenn die Kommunisten glauben, ihre eigenen Wege gehen zu müssen, sollen sie auch den Mut aufbringen, ihre Versammlungen, die sie zu diesem Zwecke veranstalten wollen, mit ihrem eigenen Namen zu decken, und nicht fälschlicherweise die Belegschaft des Gaswerks 4 dazu benutzen.

Ein anderer Fall. Wir bekamen heute eine Resolution einer „Vollversammlung der Stadt- und Gemeindearbeiter (I) des Verwaltungsbezirks 9, Wilmersdorf“ zugeschickt, unterschrieben: „Mit Parteigrüß Heiser, Betriebsrat“.

Nun weiß jeder Unionist und „Oppositionsmann“ Heiser nicht einmal, wie der Name des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes lautet. Er besitzt aber doch die Unverschämtheit, sich uns gegenüber als Parteigenosse auszugeben, um seinen Kohl an den Mann zu bringen.

Unsere Warnung an die Betriebsräte, sich nicht als Statisten der KPD mißbrauchen zu lassen, hat offenbar gefessen. Heute stört die „Rote Fahne“ endlich etwas wie eine Erwiderung. Sie versucht die Sache so zu verdrehen, als wollten wir den Arbeitern „die Politik verbieten“. In Wirklichkeit haben wir ausdrücklich auf die Partei und die Gewerkschaften hingewiesen. Nicht die Politisierung der Betriebsräte und die Ablenkung von ihren eigentlichen Aufgaben schafft Unklarung, sondern die öffentliche Aktion der Partei, die Unklarungsarbeit der Gewerkschaften allein vermögen dies. Wenn die KPD dazu nicht mehr imstande ist, haben unsere Genossen keinen Grund, ihr Propagandadienste zu leisten.

Die internationale Bergbaukrise.

London, 23. Juni. (W.B.) Im Unterhaus erklärte Unterstaatssekretär für Bergbauwesen, Lane-Fox, 361 Bergwerke, die in normalen Zeiten 71.700 Arbeiter beschäftigten, seien seit dem 1. November 1924 geschlossen und die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden, während 121 Bergwerke mit 12.900 Arbeitern in Betrieb bzw. wiedergeöffnet worden seien. Die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter sei 67.100.

London, 23. Juni. (W.B.) Der Generalkonferenz der englischen Gewerkschaften, geführt von dem Vorsitzenden Swales und begleitet von dem Sekretär der Bergarbeitervereinigung, Cook, hatte heute mit dem Premierminister eine Unterredung über die Kohlenkrise und andere Fragen. Baldwin soll morgen eine Deputation der Bergarbeiter empfangen wollen, um sich über ihre Forderungen zu unterrichten. — Das Bohnenabkommen des englischen Kohlenbergbaus ist von den Arbeitgebern vom 1. Juli ab mit vierwöchiger Frist gekündigt worden.

Wirtschaft

Der Zusammenbruch der Landbund-A.-G. Hirschberg.

Aus Niederschlesien wird uns geschrieben:
Nunmehr sind in der Generalsammlung der Landbund-A.-G. Hirschberg i. Schl. am 19. d. M., den Mitgliedern endlich durch den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht die genauen Verluste bekannt gegeben worden, die durch die Mißwirtschaft ihres adeligen Geschäftsführers Herrn von Rudzinski und durch die Saumlässigkeit ihres unter großagrarischer Führung stehenden Aufsichtsrates erwachsen sind. Sie betragen beinahe eine Viertelmillion Mark (genau 239.423 M.), wovon über 200.000 M. auf die famosen Münchener Kartoffelgeschäfte des betrieblichen Geschäftsführers entfallen, der im Herbst o. J. Hunderte von Waggons Kartoffeln in Schlesien und Sachsen aufgekauft, sie Hals über Kopf nach München geschickt hatte, wo sie bald die Güterbahnhöfe verstopften und zum Teil verfaulten, während in den niederschlesischen, auf diese Weise von dem notwendigen Nahrungsmittel entblößten Gebirgskreisen, zum Teil eine bedrohliche Kartoffelknappheit eintrat. Die in der weitaus überwiegenden Mehrzahl bauerlichen Mitglieder haben den größten Teil ihrer Einlagen eingebüßt, zu denen sie sich i. Z. durch die Vorspiegelung haben verteuern lassen, daß sie die Sicherung auf Roggenmarktsbasis genießen. Die Landbund, die schon seit geraumer Zeit unter Geschäftsaufsicht steht, hat das Aktienkapital auf 4000 M., d. h. im Verhältnis von 80 zu 1 zusammenlegen müssen. Das Unkostenkonto weist die abnorme Höhe von 255.104 M. auf; mieviel Leute sich dabei die Hände gewaschen haben mögen, geht aus dem Geschäftsbericht leider nicht hervor. Dagegen ist er freimütig genug zuzugestehen, daß der Geschäftsleitung jede geschäftliche Erfahrung und Sorgfalt abgeht. Man hat darauf losgewirtschaftet, immer neue Zweige dem Unternehmen angegliedert, dem gewerblichen Mittelstand und dem Kleinhandel in Niederschlesien die drückendste Konkurrenz gemacht mit dem Ergebnis, daß die Landbund-A.-G. in kurzer Zeit auf dem Gebiete aller dieser neu aufgenommenen Geschäftszweige pleite geworden ist. Sie hat ihre Viehabteilung auflösen müssen, die Maschinenabteilung mußte abgebaut werden. Von den Zweigniederlassungen Striegau und Bunzlau ist die erstere schon wieder geschlossen und die zweite pleite auf dem letzten Loche. Wie sich der Grad der Verschuldung an dieser Mißwirtschaft auf Geschäftsführung und Aufsichtsrat verteilt, bleibt erst nach einer späteren Feststellung vorbehalten; denn die Generalsammlung hat künftighin den alten Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung nicht erteilt und bei der Wahl des neuen Aufsichtsrats die am stärksten kompromittierten Mitglieder des alten nicht wiedergewählt.

Der Zusammenbruch der Hirschberger Landbund-A.-G. besitzt weit über diesen Einzelfall symptomatische Bedeutung; er steht nämlich in Wirklichkeit gar nicht vereinzelt da. In den beiden benachbarten schlesischen Kreisen Schönow und Landeshut hat die Mißwirtschaft der beiden dortigen Landbund-A.-G. im verflochtenen Jahre zu den gleichen katastrophalen Ergebnissen geführt; auch die Landbund-A.-G. Landeshut hat über eine Viertelmillion Verluste zu verzeichnen und die Leidtragenden sind wiederum in der Mehrzahl bauerliche Mitglieder und der unter einer Schöpfung, oft mit den verwerflichsten Mitteln arbeitenden Konkurrenz schwer leidende gewerbliche Mittelstand.

Übernahme der Manganerzgruben in Tschiatur durch Harriman. Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Konzessionsvertrages mit Harriman haben die Vorbereitungen zur Uebergabe des dem Staate gehörenden Konzessionsvermögens in Tschiatur und Pott an den Konzessionär begonnen. Die gesamte Uebergabe wird voraussichtlich zwei Monate in Anspruch nehmen. Die Manganerzgruben werden entweder jetzt oder dem Konzessionär zur kommissionarischen Realisierung übergeben. Nach Uebergabe des Konzessionsvermögens und der Liquidation der Gesellschaft „Tschiatur“, die bisher das Ausführmonopol für die georgischen Manganerze hatte, wird der Konzessionär zur Organisation seines Apparates in Tiflis, Pott und Tschiatur, wo sich die Hauptverwaltung der Konzession befinden wird, schreiten. Demnächst wird in Tiflis die Ankunft von 25 amerikanischen Ingenieuren erwartet, die die Reorganisation der Manganerzgruben übernehmen werden. Die Bereitstellung der Baumaterialien, Schwellen, Schienen und Zement wird voraussichtlich in Anspruch selbst erfolgen. Bei den Bauarbeiten sollen über 3.000 georgische Arbeiter beschäftigt werden. Dieser Tage wird ferner der Bevollmächtigte Harrimans, Ing. Rastowitsch, ein bekannter Fachmann der Manganerzindustrie, in Tiflis eintreffen. Es verläutet, daß ihm die Leitung des gesamten Konzessionsunternehmens übertragen wird. Gleichzeitig kommt der frühere Direktor der Ionischen Bank in Konstantinopel, Schellings, nach Tiflis, der die finanziellen Fragen der Konzession bearbeiten soll. Harriman will unmittelbar nach Uebernahme der Konzession mit der Manganerzgewinnung beginnen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Die republikanische Jugend Karlsruher veranstaltet am Sonnabend, den 4. Juli, in den Räumen des Restaurants „Zur Rembahn“, Berlin-Karlsruher, Teichweg 94, ein Sommerfest. Mühsamerliche Darbietungen erster Kräfte sorgen für die Unterhaltung; anschließend Tanz. Alle Republikaner sind eingeladen. Karten im Preis von 1 Mark bei Rudolf Birckel, Karlsruhe, Adalbertstraße 30; Walter Weber, Gumbelinger Straße 24, und Zeitungsbüro am Bahnhof Karlsruhe.

Verantwortlich für Politik: Dietrich Schill; Wirtschaft: Arthur Calverus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schillmann; Soziales und Sonstiges: Felix Kautabak; Anzeigen: E. Glöckler; Müllerei in Berlin: Berlin: Bornstraße-Berlin O. m. d. S., Berlin. Druck: Bornstraße-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsdorfer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Pillau Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Pilsburg 982
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen — Verkauf aller elektrischer Bedarfartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Zähne Kronen :: Plomben Brücken :: Gebisse
gegen günstige Zahlungsbedingungen
sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung
Zahn-Praxis med. Wolf, Potsdamer Str. 55
Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 — 1 Min. Hochb., Bülowstr.

Berliner Töpferhütte
O. m. d. H.
angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe
Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314
Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Öfen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. — Kostenlose heiztechnische Beratung.

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
restlos! d. kl. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 5 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahn mit Betäub. 1 G.-M. b. Bestellig von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 1 Jahre weitgehende Garantie. Über 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Der gute Kapitän-Kautabak
Lichtenberger Straße 22, Kgr. 370
C. Röcker, Berlin

Damentaschen-Fabrik
Wasserludw.-Raffert, 806. 641. Selbstverf. 1.50 Coups-Koffer von 5.00 an!
Ufienmappen, Ankleider mit Griff 3.50
Nach Einzelverkauf!
Lederwarenfabrik Meigel
Schlegelstr. 20-21/22, Moritzpl. u. Ritterstr.

Mairol Spezial-Dünger
für Topfpflanzen
Verfärbt Blüten- u. Blätterpracht
auslöslich in Drücker, Apotheken, Züchtere- u. Samenhandl.
Hersteller Gebr. Maier, Heidenheim a. Br.

Zähne - 2
Wart an, vorzüglich
Reparatur in 3 Stunden.
Stützähne • Kronen von 3 Mark an
Zahngelassen mit Betäubung.
Schmerzlos! Blumieren von 2 Mark an.
Schnelle Zahlungsbedingungen. Garantie.
Sprechst. 9-7, Sonntag 9-12 Uhr.
17 Ritterstraße 11
M. Müller, nahe Prinzenstr.

Harvati, Danziger Straße 1, Ecke Schön-
Vorzeiger 10%, Rabatt.
Bad Schmiedeberg
Bez. Halle — Bahn Wittenberg-Eilenburg
Eisenmoorbad glänzend bewahrt bei Gicht, Rheumatismus, Lechias, Vollständig renoviert Frauenleiden usw.
Kurzzeit März-Okt. Herr Waldge, Sommerh., Touristenort, Kurhaus mit Kongresssälen. Preis 75 u. 100. Zimmerwahl.

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.